

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen  
Union Deutschlands

Redaktion und Vertrieb: Frankfurt a.M., Bettinastr.64, Tel. 77178/779  
Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung.  
Postscheckkonto Frankfurt a.M. 39967, Bankkonto: Hessische Bank 125737  
Frankfurt a.M., beide unter Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU Deutschlands.

Nr.29, 3.Jhrg. (C)

Frankfurt a.M., 11. Februar 1949.

Seite 1

Sie lesen heute:

=====

### Personelles

Dr. Felix Gerhardus, Koblenz, der seit 1947 als Generalsekretär der CDU in Rheinland-Pfalz tätig war, wurde zum Oberkreisdirektor des Kreises Schleiden in der Eifel gewählt. Dr. Gerhardus hat sich im Besonderen um die Förderung der kommunalen Selbstverwaltung bleibende Verdienste erworben.

Der Abgeordnete Dr. Burghartz ist aus der Zentrums-Partei und aus der Zentrums-Fraktion des Wirtschaftsrates ausgetreten.

Der ehemalige Regierungsrat im niedersächsischen Aufbau-Ministerium, Martin Muschkau, wurde aus der KPD ausgestoßen, nachdem er in einer Funktionärerversammlung erklärt hatte, daß es in der KPD keine Meinungsfreiheit gebe.

### Aus den Parteien

Die Zentrums-Abgeordneten Muckermann, Bielefeld, Kemper, Feih und Steffenmeier vom Landtag Nordrhein-Westfalen gaben eine gemeinsame Erklärung ab, derzufolge sie die Beschlüsse des Oberhausener Delegiertenkongresses der Zentrums-Partei nicht anerkennen. Diese Beschlüsse werden als Fehlbeschlüsse bezeichnet, "die unter falschen Voraussetzungen und nach nicht genügender Aufklärung zustande gekommen sind". Die genannten Abgeordneten haben sich im Landtag zu einer eigenen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

### Sozialpolitik

Auf einer Tagung der katholischen Arbeitsvereine des Bistums Münster sprach sich der Zentrumsabgeordnete, Arbeitersekretär Jacob, für den Zusammenschluß des Zentrums mit der CDU aus. Die Tagung protestierte nachdrücklich gegen die etwaige Einführung der Siebentage-Arbeitswoche.

### Innenpolitik

Nach der SPD faßte nun auch die Landtagsfraktion der Demokratischen Partei Süd-Badens den Beschluß, sich an einer Regierungskoalition mit der CDU nicht zu beteiligen.

### Flüchtlingswesen

Am 5./6. Februar fand in Hannover eine Tagung der Landmannschaften der Pommern innerhalb der Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen in der britischen Zone statt. Zum Vorsitzenden der landmannschaftlichen Verbindung wurde Landtagsabgeordneter Arndt (CDU) gewählt.

## Der Kampf der CDU/CSU um das Elternrecht

---

Der Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates ist in die dritte Lesung des Grundgesetzes eingetreten und hat u. a. auch jenen Artikel angenommen, der sich mit dem Elternrecht, speziell mit der Schulreform befaßt.

Die Fraktionen der CDU/CSU, des Zentrums und der Deutschen Partei haben dabei eine gemeinsame Erklärung abgegeben, die nochmals deutlich werden läßt, mit welchem sittlichen Ernst und welchem Nachdruck die Fraktion der CDU/CSU für die mit "Elternrecht" umschriebenen Forderungen des christlichen Volksteiles eingetreten ist. Zweimal war ein Antrag auf verfassungsmäßige Anerkennung des Rechtes auf religiöse und weltanschauliche Erziehung an der Einheitsfront der Sozialisten und Liberalisten gescheitert. Trotz diesem Widerstand ist es den Abgeordneten der CDU/CSU gelungen, ein Höchstmaß des unter den gegebenen Verhältnissen Möglichen zu erreichen und Formulierungen zu finden, die zumindest nichts Negatives in Bezug auf die Elternrechte aussagen. Artikel 7a des Grundgesetzes legt im 2. Absatz fest, daß "Pflege und Erziehung der Kinder natürliches Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegenden Pflichten sind" - "Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme ihrer Kinder am Religionsunterricht zu bestimmen", heißt es im Artikel 7b, Satz 2, und im Satz 3 wird der Religionsunterricht als ordentliches Schulfach in den öffentlichen Volks-Mittel- und Berufsschulen sowie den höheren Lehranstalten ausdrücklich anerkannt. Satz 4 des gleichen Artikels endlich bestimmt: Das Recht zur Errichtung von Privatschulen wird gewährleistet.

Man wird angesichts dieser Formulierungen nicht sagen können, daß die Bonner Vertreter der christlichen Weltanschauung ein negatives Ergebnis in der Frage des Elternrechtes erzielt hätten. Und niemand wird diesen Abgeordneten den Vorwurf machen wollen, daß sie eine Entscheidung getroffen hätten, die sie nicht vor ihrem Gewissen als Christen verantworten können. Man muß zugestehen, daß manche Fragen, auf die weite christliche Volksteile eine Antwort erwartet haben, unbeantwortet bleiben. Aber damit allein ist noch nichts verloren. Wenn es in der gemeinsamen Erklärung der CDU/CSU, des Zentrums und der DP abschließend heißt, daß "mit allen rechtlich zulässigen Mitteln der Kampf um die Verwirklichung des elterlichen Erziehungsrechtes fortgesetzt" wird, so ist damit zugleich der Weg ange-  
der beschränkt werden muß, nachdem die Mehrheitsentscheidung in Bonn den vollen Niederschlag der von dem christlichen Volksteil geforderten Rechte verhindert hat. Die Fragen der Kultur, der Schule und Erziehung werden nach dem Grundgesetz zur Zuständigkeit der Länder gehören, und auf der Länder-Ebene wird der weite Bonner Rahmen mit einem Inhalt gefüllt werden müssen, der freilich nicht als gereifte Frucht in den Schoß fallen wird, sondern erkämpft werden muß.

Inzwischen sind bereits Stimmen der christlichen Elternschaft und hoher kirchlicher Stellen laut geworden, die gegen die Fassung der Elternrechte in der <sup>von</sup> Bonner Hauptausschuß angenommenen Form protestieren. Die unzweideutige gemeinsame Erklärung der drei Bonner Fraktionen, die sich um die Sicherung dieses Rechtes bemühen, erweist mit aller Entschiedenheit, daß diese Abgeordneten des Plenums mit den christlichen Eltern und den Vertretern der Kirchen in der Beurteilung des Rechtes zur Erziehung solidarisch sind.

In Verkennung der parlamentarischen Möglichkeiten und der tatsächlichen Gegebenheiten ist aber mancherorts die Forderung erhoben worden, das gesamte Grundgesetz abzulehnen, wenn nicht das Elternrecht und das Grundrecht der Erziehungsfreiheit in einer uningeschränkten und umfassenden Weise expressis verbis in das Grundgesetz aufgenommen wird. Es will schonen, als ob diese scharf formulierten Stellungnahmen und Proteste sehr

früh, nicht in jedem Falle nach gründlichem Studium der fraglichen Artikel und bisweilen auch ohne hinreichende Kenntnis des heißen Ringens der CDU/CSU Fraktion im Parlamentarischen Rat erfolgt wären. Auch kann es fraglich erscheinen, ob man sich in jedem Falle der weittragenden Bedeutung einer generellen Ablehnung des Grundgesetzes für die gesamtdeutsche Situation vergegenwärtigt hat.

Es ist demokratisches Recht und christliche Pflicht, seine Meinung so zu äußern, wie das Gewissen es vorschreibt. Nichts wäre undemokratischer und unchristlicher, als die Stimme des Gewissens, die aufrechte Überzeugung, zum Schweigen bringen zu wollen. Eine Berufung auf die Entscheidung des Gewissens in voller konkreter Lösung, die nicht im Rahmen der Theorie schwebt, gebietet aber, zuvor die Realität klar zu erkennen und sie kritisch abzuwägen.

### Ostzone

#### Ost-CDU gehorsamer Befehlsempfänger der SED

=====

Der Hauptvorstand der Ostzonen-CDU hat nach Referaten von Otto Nuschke und des Generalsekretärs Georg Dertinger eine EntschlieÙung gefaÙt, in der die Entscheidungen der Parteikonferenz der SED (!) begrüÙt werden. Otto Grotewhl hatte in dieser SED-Konferenz die Erwartung ausgesprochen, daÙ die Ost-CDU sich den Weisungen Otto Nuschkes und Georg Dertingers fügen werde. Der Parteivorstand hat diese Bedingungen angenommen und damit sich selbst als gehorsamer Befehlsempfänger charakterisiert. Kein Wunder, daÙ die Mitglieder der CDU in der Ostzone sich immer mehr von den gleichgeschalteten Vorständen zurückziehen.

Entsprechend den bereits von Landesverband Sachsen der Ost-CDU beschlossenen "Leitsätzen" bestätigte der Hauptvorstand für die gesamte Ostzone, daÙ nur solche Mitglieder die CDU vertreten dürfen, die vorbehaltlos den Weisungen des Hauptvorstandes Rechnung tragen. In der EntschlieÙung der Ost-CDU wird mit unmiÙverständlicher Drohung abermals verkündet, daÙ alle diejenigen "aus den Reihen der CDU ausgeschlossen werden", die die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion nicht bejahen. Gleichzeitig werden die Westmächte der Spaltung und Unterdrückung Deutschlands beschuldigt.

-----  
 Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinastr. 64.  
 Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US/W 2065.  
 Gedruckt in der Redaktion DUD, Frankfurt a.M., II/49/600.  
 Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.  
 -----